

Netzwerk Grundeinkommen

1. In Deutschland nimmt seit der Verabschiedung der Hartz-IV-Gesetze Mitte 2004 das Interesse am Grundeinkommen stark zu. Es wird als grundlegende Alternative zur Politik des Druckausübens auf Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen und der zunehmenden Prekarisierung gesehen.

Was will Ihre Partei tun, um die unwürdige Hartz-IV-Praxis zu stoppen?

Für die FDP hat Priorität in der Sozialpolitik, die betroffenen Menschen dabei zu unterstützen, die Situation der Hilfebedürftigkeit zu überwinden, bzw. präventiv zu verhindern, dass Menschen in eine Notlage geraten. Voraussetzung hierfür ist zunächst eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Arbeits- und Ausbildungsplätze erhält und neue entstehen lässt. Hierin war die christlich-liberale Koalition in den vergangenen Jahren so erfolgreich, wie schon lange keine Regierung mehr zuvor. Wir setzen uns für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe aller Bürger und zugleich für Leistungsgerechtigkeit ein. Die FDP steht zum Prinzip des Förderns und Forderns. Jeder ist in einer Gesellschaft nach seinen Möglichkeiten zu gegenseitiger Solidarität verpflichtet. Sei es durch die Steuerpflichtigkeit einerseits, die dem Staat die notwendigen Mittel garantiert, soziale Rechte zu verwirklichen, sei es durch die Anstrengung jedes Einzelnen andererseits, eigene Bedürftigkeit soweit möglich zu vermeiden oder zu überwinden.

2. Viele namhafte WissenschaftlerInnen haben sich weltweit für ein Grundeinkommen ausgesprochen, unter ihnen mindestens sieben Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften. Die Forschung zu diesem Thema wird immer intensiver. Die Literatur zu den ökonomischen, sozialen, politischen, ethischen und rechtlichen Aspekten des Grundeinkommens wächst unablässig.

(Wie) will ihre Partei die Diskussion und die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland befördern?

3. Wie steht ihre Partei zur Forderung, eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag einzurichten, in der Idee, Modelle und Einführungsstrategien eines Grundeinkommens diskutiert werden? Ist Ihre Partei bereit, Bürgerforen und -konvente zum Grundeinkommen zu unterstützen und nach Einführung der Möglichkeit eines bundesweiten Volksentscheids auch einen solchen zum Grundeinkommen?

4. Unterstützt Ihre Partei die Europäische BürgerInneninitiative Grundeinkommen (basicincome2013.eu), mit der die EU-Kommission aufgefordert wird, sich mit der Beförderung eines Grundeinkommens in den Mitgliedsländern der EU zu befassen?

5. In der ganzen Welt schließen sich mehr und mehr Menschen in Netzwerken zusammen, um das Grundeinkommen durchzusetzen. Das deutsche Netzwerk Grundeinkommen wurde 2004 gegründet. Es ist der deutsche Zweig des Basic Income Earth Network (BIEN). Pilotprojekte zeigen, dass ein Grundeinkommen ein geeignetes Instrument zur Erreichung des UN-Millenniumsziels 1 (Bekämpfung von extremer Armut und Hunger) ist.

Wie bewertet Ihre Partei ein weltweites Grundeinkommen?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet:

Wir lehnen ein bedingungsloses Grundeinkommen ab. Unsere Verfassung gibt keinen Anspruch auf bedarfsunabhängige, voraussetzungslose Sozialleistungen. Daher gewährleistet unser Sozialstaat nicht nur Rechte, sondern setzt auch Pflichten. Dies ist nicht zuletzt Ausdruck einer wechselseitigen Solidarität, die wir für richtig und wertvoll für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft halten. Wir streben die Vereinheitlichung und Pauschalierung aller Sozialleistungen in einem Budget an, das in Form des „Liberalen Bürgergeldes“ die Menschen über eine einzige Behörde unkompliziert erreicht und gegebenenfalls unzureichendes Arbeitseinkommen ergänzt. Mit dem liberalen Bürgergeld wollen wir die Unterstützung für Bedürftige und Arbeitslose neu ordnen. Das Bürgergeld wird eigenverantwortliches Handeln auch in schwierigen Lebenslagen erleichtern, die Überwindung der Bedürftigkeit erleichtern, zu gesellschaftlicher Teilhabe motivieren und effizienteres Verwaltungshandeln unter größerer Rechtssicherheit ermöglichen.